

Weg mit dem „Soli“? – Steuerdebatte im Wahlkampfjahr

M 1

Drei Monate vor der Bundestagswahl ist der Steuerwahlkampf in vollem Gange. Im Fokus steht dabei eine Steuer, die emotional hoch aufgeladen ist: der Solidaritätszuschlag, kurz „Soli“ genannt. Seit seiner Einführung nach der Wiedervereinigung wurde seine Abschaffung schon unzählige Male angekündigt.

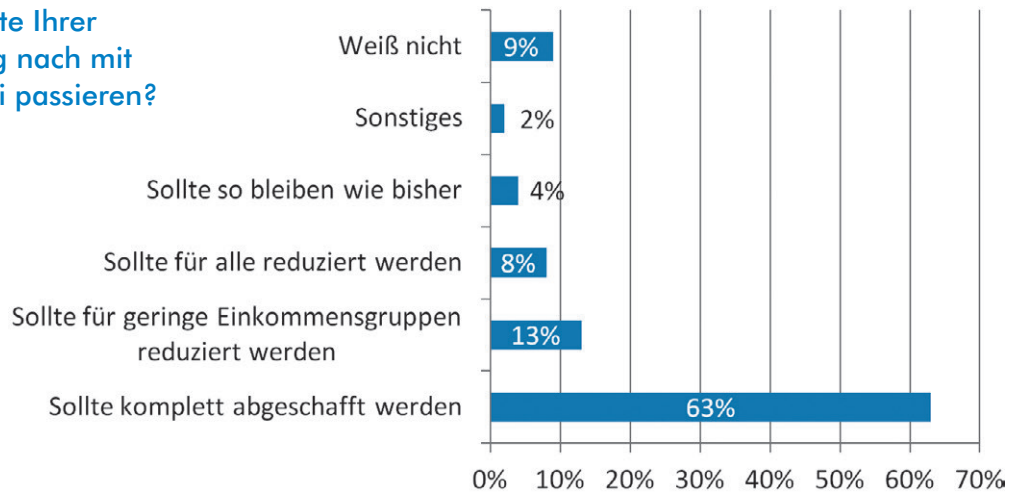
- ① Der Soli existiert seit der Wiedervereinigung, also seit mehr als 25 Jahren.
- ② Der Soli wurde eingeführt, um den „Aufbau Ost“ zu finanzieren.
- ③ Der Soli ist eine freiwillige Abgabe, die die Steuerzahler in den alten Bundesländern als Strukturförderung an die neuen Bundesländer überweisen.
- ④ Die Zuweisungen aus dem Soli werden von der ostdeutschen Wirtschaft verschlungen. Viele der Gelder wurden in überdimensionierte, teils verschwenderische Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenbau, die Sanierung von Städten und Hochschulen sowie in Unternehmensförderung gesteckt.
- ⑤ Die Einnahmen aus dem Soli fließen direkt an die neuen Bundesländer.

- A) Das Wort „Solidaritätszuschlag“ ist gleich in zweifacher Hinsicht unpassend: Zum einen ist der Soli eine ganz normale Steuer, die als Zwangsabgabe vom Bund erhoben wird. Zum anderen wird auch den Steuerzahlern in den neuen Bundesländern der Soli von Gehältern und Einkommen abgezogen.
- B) Manche Steuern (z. B. Einkommensteuer) teilen sich Bund, Länder und Kommunen; andere Steuern (z. B. Tabaksteuer) fließen allein dem Bund zu. Der Empfänger des Solidaritätszuschlags ist der Bund, der das Geld nach eigenem Ermessen ausgibt. Der Soli ist nicht mit dem Solidarpakt zu verwechseln. In ihm einigten sich Bundesländer und -regierung darauf, den neuen Ländern für „teilungsbedingte Sonderlasten“ zwischen 1995 und 2004 jährlich 10,5 Milliarden Euro zu überweisen. Bis 2019 ist eine stufenweise Reduzierung auf 2,1 Milliarden Euro vorgesehen.
- C) Der Solidaritätszuschlag wurde im Jahr 1991 unter Bundeskanzler Helmut Kohl nicht nur eingeführt, um den Strukturwandel in den neuen Bundesländern, sondern auch in den Ländern Mittel-, Ost- und Südeuropas zu unterstützen. Außerdem wurden 16,9 der 22 Milliarden DM an Einnahmen des Soli 1991 zur finanziellen Unterstützung der USA und ihrer Alliierten im Zweiten Golfkrieg verwendet.
- D) Der Soli existiert nicht durchgängig seit seiner Einführung durch Bundeskanzler Helmut Kohl zum 1. Juli 1991, sondern wurde zunächst zum 30. Juni 1992 wieder abgeschafft. Trotz der Ankündigung Kohls, dass keine zusätzliche Steuer für die Finanzierung der Wiedervereinigung notwendig sei, wurde der Soli 1995 wieder eingeführt – und hat damit ein Lebensalter von über 23 Jahren.
- E) Ökonom Joachim Ragnitz berechnete, dass nur ein Fünftel der Zuweisungen an die neuen Bundesländer für Infrastruktur und Unternehmen, dagegen zwei Drittel für Arbeitslosengeld und Rente ausgegeben wurden. Laut Ragnitz wäre es sogar sinnvoll gewesen, einen Soli von 10 Prozent zu erheben und die, durch gestiegene Empfängerzahlen belasteten, Sozialversicherungen stärker zu entlasten. Der Soli hätte Selbständige, Beamte, Arbeitnehmer und -geber gleichermaßen belastet.

1. Lies die Textschnipsel. Ordne jeweils eines der Vorurteile über den Solidaritätszuschlag einer passenden Sachinformation zu, die das Vorurteil entkräftet.
2. Seht das Lehrvideo „Wieviel Netto bleibt vom Brutto?“ von der Vereinigten Lohnsteuerhilfe e. V. auf <https://www.youtube.com/watch?v=eleVKNmGTEo> an. Erklärt, was der Solidaritätszuschlag ist und welche Rolle er bei der Berechnung des Nettolohns spielt. Erstellt dazu eine Grafik.

Autorentext nach: brandeins/Lienemann, Insa (2004): Was ist eigentlich ... der Solidaritätszuschlag?; Die Welt/Pellengahr, Hubertus: Nach 25 Jahren muss der Soli endlich weg, 30.06.2016; Zeit Online/Pausch, Robert/Zdrzalek, Lukas: Soli für alle, 06.03.2017.

Was sollte Ihrer Meinung nach mit dem Soli passieren?



Quelle (Zahlen): YouGov, repräsentative Befragung von 1.054 Personen in Deutschland ab 18 Jahren zwischen dem 20.-21.06.2017

„Wir Freie Demokraten wollen den Solidaritätszuschlag abschaffen. Der Solidaritätszuschlag war und bleibt eine nicht auf Dauer angelegte Sondersteuer. Seine Einführung im Jahr 1991 war von der Politik mit der Finanzierung der Deutschen Einheit gerechtfertigt worden. Bereits seit dem Jahr 2011 übersteigen die Soli-Einnahmen die jährlichen Ausgaben aus dem Solidaritätspakt. Ende 2019 läuft der Solidaritätspakt aus. Dann ist die Erhebung des Solidaritätszuschlags nicht mehr zu rechtfertigen.“
Auszug aus dem FDP-Bundestagswahlprogramm 2017, S. 6

„Deshalb schaffen wir den [Solidaritäts-]Zuschlag für die unteren und mittleren Einkommen ab 2020 ab. Dies kommt vielen Bürgerinnen und Bürgern zugute – gerade auch Selbstständigen und kleineren Betrieben, die dadurch mehr Luft für Investitionen haben. [...] Von der teilweisen Abschaffung des Solidaritätszuschlages können Singles profitieren, die 52.000 Euro zu versteuerndes Einkommen und Ehepaare, die 104.000 Euro zu versteuerndes Einkommen zur Verfügung haben. [...] Wir werden [...] auch den restlichen Solidaritätszuschlag stufenweise abschmelzen.“
Auszug aus dem SPD-Bundestagswahlprogramm 2017, S. 40

„Wir wollen ab 2020 den Solidaritätszuschlag schrittweise abschaffen; und zwar für alle.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), beim Tag der Deutschen Industrie, 20.06.2017

„Wir wollen den vollständigen Abbau des Soli gemeinsam, so wie es die Kanzlerin gesagt hat, schrittweise, und nicht etwa eine Mogelpackung. Warum sollen denn einige Teile der Bevölkerung deutlich später oder gar keinen Abbau beim Soli bekommen? [...] Ich glaube, dass die Pläne der SPD vielleicht sogar verfassungswidrig sind, denn eine Abgabe hat einen Zweck. Wenn dieser Zweck wegfällt, also der Aufbau Ost, dann kann auch diese Abgabe nicht gehalten werden.“
Markus Söder (CSU), bayerischer Finanzminister, im Interview mit dem Deutschlandfunk, 22.06.2017

„Ich halte nichts von einer ersatzlosen Streichung des Soli. Wir brauchen ein vernünftiges Fördersystem, das Ost- und Westdeutschland gleichermaßen hilft. [...] Gerade das Ruhrgebiet kann davon profitieren. Wir brauchen ein Bündnis der strukturschwachen Regionen in Ost und West.“
Iris Glicke (SPD), Ostbeauftragte der Bundesregierung, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 11.01.2017

3. Lesen Sie die Zitate. Arbeiten Sie die verschiedenen politischen Standpunkte zum Soli sowie die Kriterien, mit denen diese begründet werden, heraus.
4. Beschreiben Sie die Grafik. Erklären Sie, welche Standpunkte bei den Bürgern am beliebtesten sind.
5. Begründen Sie, welcher der fünf Standpunkte sie am meisten überzeugt.